

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiebbühl, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmika, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz. Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“, „Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Klitterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 53

Bad Schandau, Dienstag, den 4. März 1930

74. Jahrgang

„Deutschland hält nicht Wort.“

Frankreich bleibt Anwalt der Sonderbündler.
Von Dr. Hans Hillebrand.

Der in der ganzen Welt übel beleumdete Separatistenführer Matthes, der einst als einer der Eifrigsten der sogenannten „Rheinischen Unabhängigkeitspartei“ unter öffentlichem Beifall französischer Besatzungsgruppen die gewalttätige Abtrennung des Rheinlandes vom Reich mit allen Mitteln erstrebt hatte, befindet sich zurzeit in Paris und genießt dort nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen aller ehrgeizigen Chauvinisten. Er hat die Stirn gehabt, von der deutschen Botschaft seine Pässe zur Rückreise in seine rheinische „Heimat“ zu fordern. Die Botschaft verweigerte sie ihm. Darob große Entrüstung in Paris...

Einem französischen General mit dem urdeutschen Namen SIRSCHAUER, seines parlamentarischen Zeichens Senator und Abgeordneter des Moseldepartements, ließ die leidige Frage der Begnadigung rheinischer und saarländischer Sonderbündler keine Ruhe. Er wandte sich mit der Bitte um genaue Darlegung der Verhältnisse an BRIAND, der seine Ansicht — vorsichtig und beliebig auszuliegen wie immer — kürzlich folgendermaßen zusammenfaßte: „In Ausführung der im August 1929 zwischen den Außenministern Frankreichs, Belgiens und Deutschlands in Haag getroffenen Vereinbarungen wurde ein besonderes Abkommen über die Amnestie in dem zu räumenden Gebiet im Oktober vorigen Jahres zu Koblenz unterzeichnet. Dieses Abkommen verpflichtet Deutschland zur allgemeinen Amnestierung politischer Vergehen im Zusammenhang mit der Besetzung. Ausgenommen sind davon verbrecherische Handlungen, die einen Mord zur Folge hatten. Es verpflichtet gleichzeitig die Reichsregierung, dafür nach Möglichkeit Sorge zu tragen, daß die durch solche Amnestie geschützten Personen weder direkten noch indirekten Repressalien ausgesetzt werden. Dieses Abkommen wird dem Reichstag in Form eines Reichsgesetzes gleichzeitig mit der Gesamtheit der Haager Vereinbarungen zur Ratifizierung vorgelegt werden.“ — Daß sich die nationalistischen Kreise der französischen Öffentlichkeit mit dieser Erklärung des ehemaligen Außenministers nicht zufrieden geben würden, war vorauszusehen. Im „Echo de Paris“, dem Blatt der französischen Generalität, hagelte es dann auch sehr bald Angriffe gegen Briand, dessen Erklärung als eine gar zu plumpe Reinwaschung französischer Unterlassungssünden gebremst wurde. Also Sache des Reiches ist es, die Amnestiebestimmungen im Besetzten Gebiet nach Möglichkeit durchzuführen? belächelte man die Ausführungen des Ministers.

Und dann wurde ausgepackt, um dem französischen Bürger eine Gänsehaut nach der anderen über den Rücken zu jagen. Tatsachen, angeblich nichts als Tatsachen, an denen kein „Bode“ mehr rütteln kann: Der kürzlich durchgeführte Prozeß gegen die Gebrüder Limbourg habe den besten Beweis dafür geliefert, daß man in Deutschland nicht daran denke, die rheinischen Separatisten gegen Verfolgungen zu schützen. Vierzehn Separatisten wurden in Birmaens bei lebendigem Leibe verbrannt, und ihre deutschen Mörder sollen sogar ein Jahr später beabsichtigt haben, diese Heldentat mit einem Ball zu feiern. Wenn das nicht zecht...

Was tun nun heute viele dieser Sonderbündler fern von ihrer Heimat? Auch darüber weiß man in Paris Bescheid. Sie arbeiten teils in französischen, teils in luxemburgischen Privatbetrieben, teils in der Fremdenlegation (was selbst für französische Leser gerade keine Empfehlung zu sein scheint). Unter diesen Verfehlten gibt es sogar hochgebildete Ingenieure, die sich mit dem Schutzbüro als ungelernete Arbeiter in französischen Industriewerken ihren Lebensunterhalt erkämpfen. Andere Sonderbündler weisen noch immer im Besetzten Gebiet (!) und unterstützen dort dem Schutz französischer Bajonette, doch will keiner von ihnen in der „Heimat“ bleiben, wenn die blaugrauen „Polizi“ abziehen.

Tatsache ist: Frankreich unterstützt noch heute moralisch, politisch und finanziell die Sonderbündler. Hat es den von der gesamten deutschbewußten Bevölkerung der Rheinlande am 27. Oktober 1923 in Aachen erlassenen „Ausruf an die ganze Welt“ vergessen, der sich eindeutig wider die „gegen den Willen der Bevölkerung von einer Gruppe volksfeindlicher Besselen mit“ Unterstützung der Besatzung erfolgte Ausrufung

Für eilige Leser.

* Die abermaligen Besprechungen des Reichskabinetts über die schwierige innere Lage haben auch am Montag noch zu keiner Lösung geführt und sind auf Dienstag verschoben worden.

* Reichsernährungsminister Dr. Dietrich bezeichnete in Frankfurt a. d. O. die Lösung der Nahrungfrage entscheidend für die nationale Behauptung des deutschen Ostens.

* Professor Dr. Hellpach, ehemaliger badischer Unterrichtsminister und Staatspräsident, einstmaliger demokratischer Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt und ist aus der Leitung der Demokratischen Partei ausgeschieden.

* Der wiedergekehrte französische Ministerpräsident Tardieu will am Mittwoch mit seinem Kabinett und einem Regierungsprogramm vor die Kammer treten.

der sogenannten Rheinischen Republik“ wendete? In Paris bedauert man den „armen Matthes“, der nicht „heimkehren“ kann und keine Anhänger. Hat man dort die niederschmetternde Charakterisierung der rheinischen Sonderbündler durch einen englischen Berichterstatter der „Times“ nicht mehr in Erinnerung, der seinerzeit aus Krefeld schrieb: „Ich habe im Rathaus von dem Führer der Separatisten die freimütige Bestätigung erhalten, daß die separatistische Bewegung ein Verzicht sei, durch die Verwendung berufsmäßiger Agenten, von Böbel und selbst von Verbrechern die Rheinlande von Deutschland loszureißen?“ Diese Auffassung hat sich im Laufe der Jahre die gesamte gefittete Welt zu eigen gemacht. In Paris aber stimmt man neuerdings wieder Jeremiaden über die vaterlandslosen Separatisten an. Einer Meldung des „Lorrain“ zufolge sollen sich jüngst „zahlreiche“ linksrheinische und saarländische Bauern an die

Redaktion dieses lothringischen Blattes mit dem Ersuchen gewandt haben, ihnen durch einen Pressefeldzug den Verkauf ihrer in der Räumungszone liegenden Ländereien zu erleichtern. Sie wollen künftig lieber auf bescheidenen Klitschen im Osten Frankreichs ihr Brot verdienen als in ihrer Heimat unter Separatistenverfolgungen und der Steuerfahnde des Reiches. Das sind zweifellos Tendenzmeldungen, die den Stempel der Unwahrheit im Antlitz tragen. Woher man aber in Frankreich auf Grund solcher stimmungsmäßig ausgeschalteten Berichte den traurigen Mut aufbringt, die deutsche Regierung und das deutsche Volk in der Ausführung der Amnestiebestimmungen schon im voraus als vertragsbrüchig hinzustellen, bleibt unauffindbar. Sollte das vielleicht eine unzeitgemäße Regung des „guten französischen Gewissens“ sein, von dem man in Paris so viel Aufhebens macht?

Fortdauer der Krise

Uneinigkeit bei Regierung und Parteien.

Schwierigkeiten für eine Verständigung.

Auch der Montag hat keine Lösung bei dem im Reich jede gezielte politische Weiterarbeit nun schon seit Wochen verhängenden Krisenzustand gebracht. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers versammelte sich das Kabinett abermals, um über die Dedung zum Reichshaushaltsplan 1930 zu beraten. Es kam aber kein Beschluß zustande und die Verhandlungen über die Steuererfolge und Steuerentlastungsmaßnahmen sollen Dienstag fortgesetzt werden. Reichsaussenminister Dr. Curtius war an der Teilnahme verhindert, da er durch seine Erkrankung noch mehrere Tage an das Zimmer gebunden ist. Neben den Vorschlägen des Reichsfinanzministers wurden namentlich auch die durch die Beschlüsse der Volkspartei und der Demokraten untriffligen Forderungen erörtert. Das Kabinett hat die feste Absicht, noch einmal alle Möglichkeiten zu einer Einigung zu versuchen. Ein großes Hindernis bietet dabei die Entschließung der Deutschen Volkspartei, jedes Eingehen auf das vorgeschlagene Notopfer, selbst nach der Stellungnahme des Reichspräsidenten dafür, abzulehnen.

Die Demokraten neigten bei ihrer Erklärung vom Sonntag eher dazu, ein solches Notopfer zu akzeptieren, und zwar durch eine allgemeine Ersetzung aller Leistungsfähigen, nicht allein der Festbesoldeten. Sie regten dabei an, eine Rückzahlung dieser einmaligen Leistung im Jahre 1931 in Betracht zu ziehen. Die Regierung will, wie gesagt, noch einmal versuchen, die ihr nachstehenden fünf Parteien auf ein gemeinsames Programm zu einigen, obwohl der Beschluß der Volkspartei im Augenblick fast ein unübersteigbares Hindernis aufzurichten scheint. Dabei drängt die Entscheidung über die Young-Pläne mehr und mehr. Ihrer Verabschiedung steht aber auch der Wille des Zentrums entgegen, vor der Verabschiedung eine feste Basis zu sichern für die Ordnung der Reichsfinanzen. Ferner ist die Frage immer noch nicht beantwortet, ob sich eine Mehrheit im Reichstage findet zur gleichzeitigen Annahme der Haager Abmachungen und der Liquidationsabkommen, besonders desjenigen mit Polen. Die Regierung hält bis jetzt eine Trennung dieser beiden Materien für unmöglich. Einstweilen bleibt somit alles noch in der Schwebe.

Die volksparteilichen Minister.

Nach dem das Notopfer ablehnenden Beschluß der Deutschen Volkspartei wird natürlich in erster Linie die Stellung der beiden volksparteilichen Minister im Kabinett, zunächst des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, dann aber auch des Reichsaussenministers Dr. Curtius äußerst fraglich. Von dem bevorstehenden Rücktritt Dr. Moldenhauers wird bereits offen gesprochen. Getreuer ist die Meinung darüber, ob sein Fraktionsfreund Dr. Curtius gleichfalls seinen Boden mehr unter den Füßen verliert.

Ob eine neue Konstellation für eine Regierungsmehrheit dann gefunden werden könnte, und zwar unter dem Zeichen der sogenannten Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, unterliegt von der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, steht noch dahin. Allerdings könnte eine solche Zusammenstellung auf eine, wenn auch nicht große Mehrheit im Reichstag rechnen, die aber einen schwankenden Charakter an sich tragen würde. Beim Verfolgen solcher Wahrscheinlichkeitsberechnungen wäre es keine Laienempfindung, wenn man ernsthaft entgegen den Rücktritt des ganzen Kabinetts Müller oder den Entschluß zur Reichstagsauflösung mit nachfolgenden Neuwahlen ins Auge faßt.

Die Suche nach der „gemeinsamen Steuerplattform.“

In den Montagbesprechungen des Reichskabinetts und in Besprechungen der Regierungsparteien untereinander wurde auch sehr eingehend über den bekannten Vermittlungsvorschlag der Demokraten verhandelt. Die Deutsche Volkspartei beharrt jedoch nach wie vor auf ihrem Standpunkt und lehnt alle Pläne ab, die in ihrer Wirkung einer Erhöhung der direkten Steuern gleichkommen, also auch die zur Erörterung gebrachte Zwangsanleihe.

Eine gemeinsame Steuerplattform, die nach Ansicht maßgebender Kreise nur durch unmittelbare Verständigung der Regierungsparteien gefunden werden kann, ist der einzige Weg zur Vermeidung einer Krise von unberechenbaren Ausmaßen.

In Zentrumskreisen hat der „Vorstoß“ der Deutschen Volkspartei offenbar Bestimmung hervorgerufen, die in einem Artikel des führenden Zentrumsorgans Germania deutlich zum Ausdruck kommt.

Unter der Überschrift „Krise oder nicht Krise“ wird u. a. gesagt, die Deutsche Volkspartei habe gerade in dem Augenblick ihre unbegreifliche Haltung eingenommen, in dem die Sozialdemokratie bereit sei und den Anlauf gemacht habe, steuerliche Maßnahmen mit den übrigen Parteien zu treffen, die höchst unpopulär seien. Wenn die Sozialdemokratie die nicht unbeträchtlichen Erhöhungen der indirekten Steuern mit zu decken sich entschlossen habe, so sei es um so unverantwortlicher von der Deutschen Volkspartei, in diesem Augenblick vollständig zu versagen und sich auf den engen Parteistandpunkt zu stellen.

Festhalten der S. P. D. am Opfer der Besitzenden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörende Minister teilnahmen und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, doch herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Young-Gesetze nicht durch innenpolitische Streitigkeiten verzögert werden dürfe und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden müsse, die sowohl die Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, in dem bisherigen Umfang gewährleistet als auch dem Gedanken eines Opfers der Besitzenden für die Sanierung der Finanzen Rechnung trage.

Deutscher Beamtenbund gegen Notopfer.

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat sich eingehend mit der augenblicklichen Lage, vor allem aber mit dem angeregten Notopfer befaßt und einstimmig die bisherige Haltung der Bundesleitung gebilligt. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes erkannte die schwierige Lage an, in der sich Reich und Volkswirtschaft befinden, war aber einmütig der Auffassung, daß jede Sonderbelastung der Beamenschaft vermieden werden müsse, diesen außergewöhnlichen Verhältnissen vielmehr am gerechtesten nur durch Heranziehung aller leistungsfähigen Volksschichten Rechnung getragen werden könne.

Kommunistische Behauptungen.

Berlin. Kommunistische Zeitungen verbreiten unter Angabe von Einzelheiten die Behauptung, daß der Reichsanwalt Jorns wieder Dienst tue. Die Behauptung ist in vollem Umfang frei erfunden. Reichsanwalt Jorns ist nach wie vor beurlaubt und nach wie vor in keiner Form, weder mittelbar noch unmittelbar, mit Dienstgeschäften befaßt.